

MAGAZIN VON **NIKA BAYERN** #3

NIKA

zine

ANTIFA





ANTIFA

Das NIKA-Zine #3

Von der Recherche zu extrem rechten Strukturen über Gedenkpolitik, Bildungs- und Kulturarbeit bis zum militanten Selbstschutz: antifaschistische Initiativen und Gruppen decken ein breites Spektrum ab, setzen dabei ganz unterschiedliche Schwerpunkte und sind sich in Theorie und Praxis oft gar nicht so einig. Viele davon firmieren unter dem Label „Antifa“. Und genau das ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Ein Beitrag zeichnet die Entwicklung zu dem nach, was wir heute unter dem Begriff Antifa verstehen. Antifaschistischer und linker Bewegungsgeschichte gehen wir mit einem Gespräch über Fantifa, also explizit feministische Antifagruppen, im Passau der 90er Jahre und einem Beitrag über das Leben des Antifa-

schisten Martin Löwenberg nach. Außerdem geht es um die Proteste gegen die WAA in Wackersdorf und darum, was das mit Antifa zu tun hat. Die Geschichte der neonazistischen Aufmärsche in Wunsiedel und der antifaschistischen Gegenmobilisierungen wiederum ist auch deshalb interessant, weil die Stadt auch heute noch einen wichtigen und symbolisch aufgeladenen Aufmarschort für die Neonaziszene darstellt. Warum Nazi-propaganda nicht in jedem Fall einfach direkt in den Mülleimer gehört, sondern unter Umständen woanders besser aufgehoben ist, erfahrt ihr in einem Interview mit dem antifaschistischen AIDA-Archiv aus München. Am Ende stellen wir die antifaschistische NIKA-Kampagne vor. Viel Spaß beim Lesen! Alerta Antifascista! ■

Totgesagt und trotzdem da Eine kleine Geschichte der Antifa	03
Ein bisschen mehr Ungehorsam Fantifa in der Provinz	13
Das Erlanger Loch Erlanger Aktivist*innen erzählen von Wackersdorf	17
Fight Back Der Rudolf-Heß-Marsch und antifaschistische Gegenmobilisierungen	21
Antifa heißt Archivarbeit Ein Gespräch mit dem Münchner AIDA-Archiv	25
Ein Leben lang konsequent geblieben Über Martin Löwenberg	28
NIKA - Was ist das? NIKA Bayern stellt sich vor	31



TOTGESAGT UND TROTZDEM DA.

Eine kleine Geschichte der Antifa.



Von *antifa nt*
.....

Es prangt auf T-Shirts und Tassen, auf Flaggen und Feuerzeugen: das Logo mit den zwei Fahnen im Kreis ist wohl das verbreitetste Symbol der radikalen Linken in Deutschland und darüber hinaus. Nicht erst seit der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika mit einer gewissen Regelmäßigkeit eine ominöse „Antifa“ geißelte ist klar, das Label taugt durchaus zum Exportschlager. Nicht allein als vielfach aufgegriffenes Konzept oder Stilvorlage, sondern gerne auch als Schreckgespenst und Feindbild, das völlig jenseits seiner tatsächlichen gesellschaftlichen Relevanz für so einiges herhalten darf. In diesem Artikel wollen wir uns an so etwas wie einer kleinen Geschichte der Antifa versuchen. Dabei soll es an dieser Stelle nicht darum gehen, die antifaschistischen Kämpfe der 20er und frühen 30er Jahre des 20. Jahrhunderts und des Widerstands im nationalsozialistischen Deutschland nachzuzeichnen und das ganze mit Stories aus den 80er

und 90er Jahren und ein bisschen Namedropping zu verquirlen. Wir wollen vielmehr versuchen, die Entstehungsgeschichte von dem zu skizzieren, was wir heutzutage unter dem Begriff Antifa kennen. Dafür reisen wir zunächst einmal 100 Jahre in die Vergangenheit.

Das Akronym Antifa leitet sich bekanntermaßen vom Begriff des Antifaschismus ab und dieser entstand im Italien der 20er Jahre. 1921 gründete Benito Mussolini dort die „Partito Nazionale Fascista“. Mit organisiertem Terror gingen paramilitärische Kräfte gegen Linke und die Arbeiter*innenbewegung vor. Zum Selbstschutz gegen die Attacks der Schwarzhemden bildete sich die militante Organisation „Arditi del Popolo“, was soviel heißt wie die Mutigen des Volkes. Die Mitglieder bezeichneten sich selbst als „Antifascisti“.

Namensgebend für spätere Organisationen ist die historische, 1932 in Deutschland durch



Dasagen hilft nur eine:
ANTIFASCHISTISCHE AKTION!



die KPD ausgerufenen „Antifaschistische Aktion“, in der die maßgeblichen Organisationen der Arbeiter*innenbewegung, also KPD, SPD und Gewerkschaften, eine Einheitsfront gegen die NSDAP bilden sollten. Das vom Bauhaus-Schüler Max Gebhard und Max Keilson entworfene Symbol der Antifaschistischen Aktion zeigte einen Kreis mit zwei wehenden roten Fahnen, eine für die KPD, eine für die SPD. Der Machtübernahme der NSDAP und der gewaltsamen Zerschlagung der linken Arbeiter*innenbewegung unter der nationalsozialistischen Herrschaft konnte dieser späte Versuch, die untereinander verfeindeten Kräfte für einen „roten Massensebstschutz“ zu bündeln, nichts mehr entgegenzusetzen.

„...HERRENREITER HABEN WIEDER ZU SAGEN IM LAND“ - WAS ZUVOR GESCHAH

Die 1950er Jahre waren für Antifaschist*innen geprägt von Kämpfen gegen die Wiederbewaffnung, der Forderung nach Entschädigungszahlungen, vom Verbot der KPD und Berufsverboten gegen

Kommunist*innen in der jungen Bundesrepublik. Viele alte Nazis hatten sich erfolgreich in den neuen Staat herübergerettet, kamen bald wieder zu Macht und Einfluss, während sich die Ideologie des Antikommunismus zu einem verbindenden Element der sogenannten Nachkriegsgesellschaft mauserte. Zudem gründeten sich bald die ersten größeren Parteien und Organisationen, die sich in der Tradition der NSDAP verorteten, etwa die Sozialistische Reichspartei (SRP).

In den 60ern fanden sich, vor allem an den Hochschulen, junge Linke zusammen, die als Außerparlamentarische Opposition (APO) neben hochschulpolitischen Fragen, der angestaubten Sexualmoral und der Solidarität mit weltweiten revolutionären Bewegungen, auch die Auseinandersetzung mit der Täter*innengeneration und der nationalsozialistischen Vergangenheit auf die Agenda setzten. Teile dieser später als „68er“ bezeichneten Bewegung beschäftigten sich insbesondere mit den Schriften von Adorno, Horkheimer und weiteren Vertreter*innen der Kritischen Theorie, in deren Ideen die Beschäftigung mit Antisemitismus und Shoah eine zentrale Rolle einnahmen. Adorno etwa hatte in seiner „Negativen Dialektik“ von 1966 geschrieben, Hitler habe „den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“

Aus der im Zerfall begriffenen Student*innenbewegung entwickelten sich zu Beginn der 1970er Jahre die sogenannten K-Gruppen. Die im Vergleich zur APO hierarchisch strukturierten marxistisch-leninistischen Kaderparteien verorteten sich in der Tradition der seit 1956 verbotenen KPD und zielten darauf ab, ihr Erbe anzutreten. Darauf verwies mitunter auch die Namensgebung, etwa als KPD/Aufbauorganisation oder Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

In Bayern war der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD relevant. So uneins und zerstritten die K-Gruppen häufig waren, bestand Einigkeit in der Abgrenzung zu DKP, DDR und der Post-Stalin-UdSSR sowie in der Orientierung an Mao und der chinesischen Kulturrevolution. Nicht zuletzt durch die historische Bezugnahme auf die KPD der 20er und 30er Jahre spielte auch der antifaschistische Kampf eine gewisse Rolle für

die K-Gruppen. Es war vor allem der in Norddeutschland aktive Kommunistische Bund (KB), der Antifaschismus als eigenständiges Arbeitsfeld etablierte, das Recherche- und Pressearbeit, Bündnispolitik aber auch militante Praxis umfasste und damit einen relevanten Vorläufer der autonomen Antifa-Bewegung darstellte. Der KB ging etwa zusammen mit undogmatischen und organisatorisch nicht angebotenen Linken gegen Veranstaltungen der DVU und der NPD vor. In den ausgehenden 70er Jahren bemühten sich K-Gruppen, trotzkistische Organisationen und etwa auch die VVN um Einfluss in und auf antifaschistische Bündnisse und Arbeitskreise, die sich nicht zuletzt infolge der erstarkenden Neonaziszene bildeten. Doch eine wesentlich größere Relevanz und stilprägende Rolle für die sich herausbildenden antifaschistischen Strukturen sollten bald andere Akteur*innen entfalten.

„WIR MÜSSEN HIER RAUS“ - VON DEN SPONTIS ZU DEN AUTONOMEN

Neben den K-Gruppen entwuchsen aus den Resten der sogenannten 68er-Bewegung auch die sich antiautoritär verortenden Spontis, die den Avantgarde-Anspruch der K-Gruppen ablehnten. Beeinflusst vom radikal linken Operaismus in Italien bemühten sich Gruppen wie die Münchner „Arbeitersache“ insbesondere um migrantische Arbeiter*innen, agitierten vor und hinter den Fabriktores, unterstützten spontane Streiks. Später verlagerte sich die Aktivität aus den Betrieben in die Viertel, Kampfformen wie Hausbesetzungen stellten die bürgerliche Eigentumsordnung in Frage. Zum aus der Sponti-Bewegung initiierten „Treffen in Tunix“ an der Westberliner TU kamen 1978 bis zu 15.000 Menschen, es gilt als Geburtsstunde der Alternativbewegung. Während die Spontis in den auslaufenden 70ern an Bedeutung verloren, standen die Nachfolger*innen bereits in den Startlöchern. Das unter Spontis und in der entstehenden Alternativbewegung vorherrschende Konzept der „Politik der ersten Person“, also die Abkehr von „Stellvertreterpolitik“, das Ableiten politischer Praxis aus subjektiver Betroffenheit und das Aufheben der Trennung politischer und privater Sphären („das Private ist politisch“), bildete einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die in den frü-

hen 80er Jahren entstehende autonome Bewegung. Hatte die namensgebende italienische Autonomia ihren Schwerpunkt in militanten Fabrikkämpfen, kämpften die Autonomen in der Bundesrepublik um Wohnraum und beteiligten sich an den Aktionen gegen die Startbahn-West, gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf oder die Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennstäbe im bayerischen Wackersdorf. In Bayern gab es Hausbesetzungen neben Nürnberg und München etwa auch in Erlangen, in Fürth schnappten sich Besetzer*innen gleich eine Villa. Wenngleich es durch die repressive Linie des Ministerpräsidenten Strauß, nach der Neubesetzungen innerhalb von 24 Stunden zu räumen seien, in Bayern deutlich früher vorbei war mit der Häuserkampfbewegung, als dies in anderen Landesteilen der Fall war, das Ende der autonomen Bewegung markierte es keineswegs. Aus Teilen der autonomen Szene rekrutierte sich das Spektrum, aus dem sich maßgeblich die antifaschistischen Gruppen speisen sollten. Wenn im Zusammenhang mit der autonomen Antifa im Folgenden der Einfachheit halber von Autonomen die Rede ist, so ist das streng genommen nicht ganz korrekt. Bei Antifas handelte es sich teils durchaus um ein relativ eigenständiges Milieu, mit Überschneidungen zu eben den Autonomen und den antiimperialistischen Linken, mitunter aber auch ganz autonomenuntypischen Gepflogenheiten, wie einer gewissen Affinität zur verbindlicheren Organisierung. Die steigende Relevanz antifaschistischer Praxis ergab sich unterdessen durch den spürbaren Anstieg rechter Aktivitäten, von Gewalt und Terror. Beim Oktoberfestattentat in München 1980 starben 13 Menschen, 68 Menschen wurden schwer verletzt, wenige Monate später wurden in Erlangen Shlomo Lewin und Frida Poeschke aus antisemitischen Motiven von einem Nazi ermordet. Außerdem nahm in den 80er Jahren die rechte Straßengewalt deutlich zu: Die Aktionen richteten sich gegen Migrant*innen, jüdische Menschen und alle, die im Weltbild der Nazis keinen Platz hatten. Ins Visier gerieten folglich auch linke Treffpunkte, Orte der Subkultur und des alternativen Zusammenlebens. Zu den Betroffenen und Opfern dieser Gewalt zählten auch linke und alternative Menschen. Antifaschistisches Engagement bekam so auch verstärkt die Komponente des konkreten Selbstschutzes. In Nord- und West-

deutschland gab es 1983 mit dem Norddeutschen Antifa-Treffen und dem Westdeutschen Antifa-Treffen bereits größere Antifa-Vernetzungen, die miteinander im engen Austausch standen. Diese bildeten einen gemeinsamen Rahmen für Recherche, Mobilisierungen und militante Aktionen. Als sich nach deren Vorbild im Jahr 1986 das süddeutsche Antifa-Treffen gründete und ebenfalls in Kooperation trat, hatte sich erstmalig eine bundesweite Koordination herausgebildet, wenngleich diese aus taktischen wie auch politischen Gründen den informellen Rahmen nicht verließ. Während die Antifa-Koordination bis zu ihrer stillen Auflösung Ende der 80er erklärtermaßen „auf die eigenen Kräfte vertrauen“ wollte, also im weitesten Sinne die autonome Szene mobilisierte, bildete sich unter anderem in Göttingen ein gegenläufiger Ansatz heraus, der auf Bündnispolitik, Ansprechbarkeit und Pressearbeit setzte.

Das Logo der historischen Antifaschistischen Aktion mit den roten Fahnen wurde in den 80er Jahren aufgegriffen und in die heute verbreitete Form gebracht. Statt zweier roten Fahnen zeigt das Symbol nun eine rote und eine schwarze Fahne um die Bedeutung der anarchistischen und autonomen Szene für die antifaschistische Bewegung zu betonen. Nicht wie zuvor nach rechts, wehen die Fahnen nun nach links „da die Antifa eine linke Bewegung ist, die gegen rechts vorgeht.“ wie Bernd Langer betont, der bei der Neugestaltung seine Finger im Spiel hatte.

„NIEMAND SCHAFFT DAS ALLEIN“ - FRAGEN DER ORGANISIERUNG

Das Erstarken der Neonaziszene nach der „deutschen Einheit“ brachte eine Welle neonazistischer Straßengewalt mit sich, dutzende Morde, tödliche Brandanschläge und pogromartige Ausschreitungen gegen Unterkünfte von Geflüchteten oder Vertragsarbeiter*innen, bei denen Hunderte gafften, klatschten oder gleich den Benzinnachschub für die Molotowcocktails der Nazis organisierten. An einer unmittelbaren Notwendigkeit explizit antifaschistischer Politik konnte es zu diesem Zeitpunkt keinen Zweifel geben. Gleichzeitig stand auch die linksradikale Szene allgemein vor Umbrüchen, durch das veränderte politische Koordinatensystem nach dem Wegfall der sogenannten

Systemkonkurrenz und die bereits deutlich zuvor eingesetzte Erosion der autonomen Bewegung in Westdeutschland. Schon länger gab es außerdem Diskussionen und Reflexionsprozesse in der kriselnden autonomen Szene und das Ansinnen, die monierte „Ghettomentalität“ zu überwinden, Verbindlichkeit und Kontinuität zu schaffen. Vor allem die Autonome Antifa (M) aus Göttingen stellte in einem „Organisierungspapier“ die These auf, dem Niedergang der außerparlamentarischen, autonomen Bewegung müsse durch eine bundesweite Organisation, Bündnispolitik und gezielte Jugendarbeit entgegengewirkt werden.

Mit dem Anspruch, einen „Gegenpol zur Zersplitterung innerhalb der Linken zu setzen“ gründete sich 1992 die Antifaschistische Aktion Bundesweite Organisation (AA/BO). Aus Bayern beteiligten sich etwa die Antifaschistische Aktion Passau, die Rote Antifa, die Antifaschistische Aktion in der OA und die Antifa Kritik & Kampf aus Nürnberg. In der Landeshauptstadt suchte die 1996 gegründete Antifaschistische Aktion München die Nähe zur AA/BO. Die Entscheidungsfindung über Kampagnen oder Veröffentlichungen wurde durch Delegierte auf dem Bundestreffen abgestimmt, die dort mit Gruppenpositionen auftraten, ein deutlicher Bruch mit den Gepflogenheiten der autonomen Szene.

Ein Jahr nach der Gründung der AA/BO fand sich das Bundesweite Antifa Treffen (BAT) zusammen. Obwohl sich durchaus Gruppen aus der AA/BO am BAT beteiligten, stellte dieses doch gleichzeitig so etwas wie ein Gegenmodell dar. Die Differenzen waren indes gar nicht so sehr inhaltlicher Natur – man rieb sich eher an der Frage von Organisation oder Organisation. Was erstmal ganz schön spitzfindig klingt, war doch mit interessanten Überlegungen verbunden. Dem Versuch einer festen, verbindlichen Organisationsstruktur mit dem Ziel, durch Bündnispolitik eine gesellschaftlich relevante Kraft zu schaffen, stand ein eher loses Koordinierungs- und Informationstreffen gegenüber, das sich in erster Linie auf die konkrete Anti-Nazi-Arbeit konzentrierte und etwa Recherche zu rechten Strukturen abstimmte. Während das BAT im Vergleich wohl eine geringere Wahrnehmbarkeit erreichte, konnte die AA/BO über Jahre eine konstante Präsenz aufrechterhalten und – so ein Vorwurf – auch Aufmerksam-



keit für Arbeit auf sich ziehen, die letztlich andere geleistet hatten. Aus der autonomen Szene wurde zudem immer wieder Kritik an autoritärem und dominantem Verhalten geäußert. Analog zum Mitte der 90er steigenden Repressionsdruck auf Neonazistrukturen und der zunehmenden gesellschaftlichen Ächtung der rechten Szene und ihrer Gewalt sowie sinkender Intensität und Frequenz rechter Gewalttaten, sah sich die AA/BO mit einer schwindenden Mobilisierungsstärke konfrontiert. Mit der „Antifa Offensive 99“ startete die AA/BO eine letzte große Kampagne, die, obwohl durchaus erfolgreich, die Begrenztheit des Organisationsmodells aufzeigte. Zwar gab es einige größere Mobilisierungen etwa gegen den EU-Gipfel in Köln oder eine Demo mit 1.500 Antifas gegen die NPD-Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart, es beteiligten sich auch deutschlandweit etwa 40 Gruppen und griffen Motto und Logo für eigene Aktionen auf, eine darauf aufbauende Vernetzung scheiterte jedoch unter anderem an den Kapazitäten der in der AA/BO organisierten Gruppen. 2001 löste sich der erste feste bundesweite Organisationsansatz autonomer Antifa-Gruppen schließlich auf, 2003 folgte die prägende Gruppe Antifaschistische Aktion Berlin und im Jahr darauf die Autonome Antifa (M), auf deren Initiative die AA/BO letztlich zurück gegangen war. Das BAT hatte sich Jahre zuvor schon geräuschlos verabschiedet.

Hatten sich ab den frühen 90ern §129 Ermittlungen gegen die Göttinger Antifa (M) gerichtet, traf es einige Jahre später die Antifaschistische Aktion Passau (AAP), gegen die wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ermittelt wurde. Am 12. Mai 1998 wurden über 30 Wohnungen in und außerhalb von Passau durchsucht, LKW-Ladungen an vermeintlichen Beweismitteln eingesackt. Im Laufe des Verfahrens wurden tausende Telefonate abgehört, WGs und Treffpunkte kameraüberwacht, zahlreiche Menschen observiert.

Von den 33 Straftaten, die der „kriminellen Vereinigung“ zur Last gelegt werden, blieb am Ende kaum etwas übrig, nahezu alle Verfahren wurden eingestellt, lediglich eine Geldstrafe und eine zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafe wurden verhängt. Ziel der Ermittlungen dürfte aber ohnehin etwas anderes gewesen sein. So gilt der §129 als Schnüffelparagraf, mit seinen Sonderermittlungsbefugnissen lassen sich Strukturen durchleuchten und umfassende Überwachungsmaßnahmen legitimieren. Weil einige der Beschuldigten bereits in anderen Städten wohnten, ließen sich dadurch auch bundesweit Einblicke in antifaschistische Strukturen gewinnen.



Banden staatliche Repression und die nötige Solidaritätsarbeit immer wieder Kapazitäten, so lag die Hauptaufmerksamkeit doch auf rechter Straßengewalt, rassistischer Agitation und immer wieder auf Großmobilisierungen, mit denen die Neonazi-Szene Macht demonstrieren und Zusammenhalt generieren wollte. In Bayern waren das etwa die Rudolf-Heß-Gedenkmärsche in Wunsiedel und ihre Ausweichaktionen in anderen Städten, die Auseinandersetzungen um rechte Großveranstaltungen in der Passauer Nibelungenhalle. In München marschierten 1997 um die 5.000 Nazis und andere Rechte gegen die Wehrmachtsausstellung auf. Weil etwa zehntausend Menschen den Marienplatz besetzt hielten, musste die Demonstration im Tal gestoppt werden.

Vernetzungen liefen auch lokal oder auf Bundeslandebene. Ab 1998 existierte etwa das Antifaschistische Aktionsbündnis Bayern (AABB), eine bayernweite Antifa-Vernetzung, in der sich neben Gruppen aus den Großstädten München, Nürnberg und Augsburg auch Zusammenhänge aus Kleinstädten wie Sulzbach-Rosenberg organisierten. In Nürnberg formierte sich vor bald 30 Jahren das immer noch bestehende Antifaschistische Aktionsbündnis Nürnberg, in München existierte über Jahre ein Antifa-Stadtplenum, in dessen Rahmen Aktionen gegen Naziaufmärsche geplant, Demonstrationen organisiert und Informationen ausgetauscht wurden. Von 2006 an nahm die gegen extrem rechte Infrastruktur gerichtete bayernweite Kampagne „Nazis unplugged“ Veranstaltungsorte, Rückzugsräume und Versände wie den in Geiselhöring ansässigen „Wikingerversand“ in den Fokus. Zum Repertoire gehörten klassische Demonstrationen aber etwa auch koordinierte Outing-Aktionen, bei denen Nazis gleichzeitig in verschiedenen Städten und Dörfern besucht und die Nachbarschaft über ihre Umtriebe aufgeklärt wurde.

Ende der 80er Jahre bildeten migrantische Jugendliche in Berlin zum Zwecke der antifaschistischen Selbstverteidigung die Antifa Gençlik (türkisch für Antifa Jugend). In einem Positionspapier aus dem Jahr 1989 schrieben sie „(e)s müssen Vereinigungen gebildet werden, durch die die gegen uns gerichteten Übergriffe der militanten faschistischen Bewegungen im Keim erstickt werden und diese mit der Sprache die sie verstehen, bekämpft werden.“ Neben diesem konkreten Kampf gegen Neonazis und der Bündnispolitik mit deutschen Antifa-Strukturen mühte sich die Antifa Gençlik auch um die Organisation und Agitation der Jugendgangs. Als Schnittstelle zwischen migrantischen Realitäten und autonomer Szene setzte die Gruppe auch in anderen Teilen des Landes Impulse und inspirierte Gruppengründungen. In Folge der staatlichen Repression, die sich zwei Jahre nach dem gewaltsamen Tod des „Deutsche Liga für Volk und Heimat“-Mitglieds Gerhard Kaindl in Berlin-Neukölln gegen migrantische Antifaschist*innen richtete, löste sich die Antifa Gençlik auf. In einem Statement reflektierte 1995 ein ehemaliges (Gründungs-)Mitglied der Gruppe auch das – häufig schwierige – Verhältnis zu deutschen Antifagruppen. Er betont, dass „die deutschen linken Grup-

pen die AG ziemlich hochgeschätzt haben, so dass sie es als einen Vorteil gegenüber anderen Gruppen empfunden haben, mit der AG in Kontakt zu stehen bzw. mit ihnen zusammenzuarbeiten“. Im Nachhinein seien es aber vielleicht gerade auch diejenigen Gruppen gewesen, die ihnen am „kritischsten gegenüberstanden“, die es mit ihnen „am besten gemeint“ hätten, da diese sich nicht in erster Linie aufgrund eigener Vorteile und Interessen mit ihnen eingelassen hätten. Einem Großteil der deutschen Linken attestierte er in dem Beitrag eine mangelnde Bereitschaft, die eigene Sozialisation in Frage zu stellen. „So wie sie in die Linke gekommen sind, so sind sie geblieben.“

Weil sie Feminismus und Antisexismus als Leerstellen antifaschistischer Politik ausmachten, fanden sich gegen Ende der 80er in verschiedenen Städten explizit feministische Antifagruppen zusammen, in der Regel als dezidierte „Frauengruppen“. Diese Antifagruppen – das F konnte für „feministisch“ oder „Frauen“ stehen – setzten diejenigen Themen aufs Tableau, an denen es ihnen in Antifaszene und Frauenbewegung mangelte. Den Antifagruppen wurde vorgeworfen, Patriarchat und Sexismus als nachgeordnetes Problem zu verstehen, als Nebenwiderspruch, dem sich, im besseren Falle, bei geeigneter Gelegenheit vielleicht ebenfalls mal gewidmet würde. Zudem sahen sich Fantifas mit einer patriarchal geprägten Rollenverteilung, „Mackertum“, aber auch mit sexualisierter Gewalt in der Szene konfrontiert. An der Frauenbewegung wiederum gab es die Kritik, diese überhöhe die Kategorie „Frau“ und leite daraus beispielsweise die Vorstellung ab, Frauen seien prinzipiell progressiv. Gegen solche „naturalisierende Vorstellungen“, etwa weiblicher Friedfertigkeit, setzten sie die Auseinandersetzung mit Täterinnen im Nationalsozialismus, mit Frauen als aktiven Subjekten in der Neonaziszene, statt als „Freundin von“ oder bloße Mitläuferinnen. Ein weiteres Betätigungsfeld war der Kampf gegen Abtreibungsgegner*innen. Fantifagruppen vernetzten sich auf bundesweiten Treffen, organisierten Blöcke auf Demonstrationen. Im Jahr 1993 existierten von Passau bis Westberlin zwei Dutzend Gruppen. Zwar endete die Hochphase der Antifa-Gruppen Mitte der 90er Jahre, doch blieben auch Gruppen bestehen und immer wieder nahmen Neugründungen expliziten Bezug auf die Antifa, wie etwa f*antifa Bremen

oder Feminist Subversion in München. Heute gängigere Schreibweisen wie F_antifa oder F*antifa verweisen auf die queer-feministischen Diskurse, die seit den 90ern nochmal einige neue Impulse in feministische Bewegungen gebracht haben.

Im Gegensatz zu den 80ern sollte später die gezielte Jugendarbeit einen Schwerpunkt der Antifa-Politik darstellen, etwa durch die Gründung von relativ offen zugänglichen Jugendantifagruppen, aber auch durch die gezielte Mobilisierung junger Menschen, zum Beispiel durch Schüler*innenzeitungen. Überhaupt verordnete sich die Szene in den 90er Jahren eine Verjüngungskur. Mit dem mal mehr, mal weniger ironisch gebrochenen Aufgreifen von Popkultur, der Verwendung von Cartoon und Manga-Figuren, Film- und Musikreferenzen bemühte sich das antifaschistische Make-Over darum, den subversiven Gehalt aus der Popkultur zu kitzeln und gleichzeitig durch das Andocken an jugendliche Erlebniswelten breiter anschlussfähig zu werden. War die klassische autonome Szene eher um eine auch modische Abgrenzung zu Warenwelt und Kulturindustrie bemüht und styletechnisch durch subkulturelle Codes und etwa den Verzicht auf Markenklamotten geprägt, plopten nun Versände mit bunten, zeitgemäß designten Klamotten, eigenen Streetwearmarken und großen Sortimenten an popkulturell inspirierten Stickermotiven auf. Von den Lautsprecherwägen ballerte häufig nicht länger Punk sondern Techno und durchaus auch mal Songs aus den aktuellen Charts, auf den Transparenten prangten aufwendig gestaltete Garfields und Marsupilamis statt Fäusten und roten Sternen. Hinter dieser Entwicklung steckten tatsächlich auch taktisch-politische Überlegungen, damals teils unter dem Stichwort „Pop-Antifa“ verhandelt.

„FROM MARCUSE BOOKS TO KAPPA PANTS...“ ANTIFA HEISST? UND WER MIT WEM?

Ein weiterer Grund für das Auseinanderfallen der antifaschistischen Bewegung und das Ende vieler „altgedienter“ Gruppen war ein Konflikt, der sehr vereinfacht gesagt entlang der Positionierung zum Nahostkonflikt verlief. Die Spaltung zwischen „Antideutschen“, die sich der „Solidarität mit Israel“ verschrieben und „Anti-Imps“, die sich auf die

Seite des „palästinensischen Widerstands“ stellten, führte von Gruppenauflösungen über Outings bis zu körperlichen Auseinandersetzungen auf Demonstrationen und sogar gezielten Überfällen. Während sich große Teile der antifaschistischen Szene durch Labels wie „antideutsch“ oder „anti-imperialistisch“ – bzw. das dazugehörige Programm – überhaupt nicht repräsentiert fühlten, war es doch vielerorts kaum möglich, sich einer Positionierung zu entziehen. Die sich – durchaus auch in Abgrenzung – selbst „antinationale“ verortende autonome antifa (f) stellte 2004 in ihrem Papier „Flaschenpost an die Restvernunft“ beiden Antagonist*innen kein gutes Zeugnis aus. So folge aus den Analysen der einen „die völlige Ignoranz gesellschaftlicher Widersprüche, was wiederum den ungunstigen Eindruck erweckt, es hier mal wieder mit Leuten zu tun zu haben, denen es die Welt zu bunt treibt“, gleichzeitig sei es „schlichtweg eine Unverschämtheit, wenn Linke, die vor sich den Anspruch her tragen, emanzipatorisch und antifaschistisch zu sein, meinen, trotz Auschwitz und Kritischer Theorie einfach so weiter machen zu können wie bisher.“

Auch wenn die Debatten der 2000er häufig auf die Auseinandersetzungen zwischen „Antideutschen“ und „Anti-Imps“ runtergebrochen werden, so bildeten diese lediglich den von außen wahrnehmbarsten und wohl am aggressivsten ausgefochtenen Streitpunkt. Gestritten wurde aber um vieles mehr, auch das ganz Grundsätzliche stand zur Diskussion. So bestand Uneinigkeit auf welcher theoretischen Grundlage, mit welcher Zielsetzung und mit welchen Erfolgskriterien Antifa zu funktionieren habe. Im Gegensatz zum etwa in der AA/BO verbreiteten Konzept des „Revolutionären Antifaschismus“, nach dem mit dem Kampf gegen den Faschismus zugleich die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen er hervorgeht, mitbekämpft werden, kritisierten Einige, dieser Ansatz würde versuchen das „Pferd von hinten aufzuführen“. Antifaschismus sei kein „Hebel um das Ganze aus den Angeln zu heben“, es gelte stattdessen, sich tiefgehend mit Staat, Nation und Kapital auseinanderzusetzen.

Nicht zuletzt als zur Jahrtausendwende unter der rot-grünen Regierung „der Aufstand der Anständigen“ gegen rechte Gewalt ausgerufen wurde, stellte sich für Antifas die Frage des

Verhältnisses zum selbsternannten „besseren Deutschland“, das sich seiner „historischen Verantwortung“ bewusst zu sein erklärte.

Im Antifaschistischen Info Blatt lief von 2007 an unter dem Motto „Antifa heißt...“ über zwei Jahre eine Diskussion mit sieben Beiträgen darüber, wohin die Reise gehen sollte mit dieser Antifa. Ein Beitrag der bundesweiten Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“, die sich gegen Großereignisse der Neonaziszene wie die zu Beginn der 2000er wieder erlaubten Rudolf Heß-Gedenkmärsche einsetzte, monierte eine Kultur, in der die Verheißung „es geht was“ an erster Stelle stünde, während taktische Überlegungen hinten runter fielen. Der „erlebnisorientierten antifaschistischen Bewegung“ setzten sie entgegen, antifaschistische Aktionen sollten nicht zum Selbstzweck verkommen, sie bedürften eines klaren politischen Konzepts und einer Perspektive.

Die aus der Antifaschistischen Aktion Berlin hervorgegangene Antifaschistische Linke Berlin [ALB] betonte die Wichtigkeit breiter Bündnisse. Zu den potentiellen Bündnispartner*innen gehörten dabei u.a. Gewerkschaften, Jugendverbände, migrantische Organisationen, Parteien, religiöse Vereinigungen oder Kulturinitiativen. Sich dem per se zu verweigern, weil die anderen „zu blöd“ seien oder man selbst zu „radikal“, führe direkt in den Szenesumpf. Es ginge aber „darum, politische Mindeststandards durchzusetzen und nicht dahin zu geraten, als fleißige Bienchen die Bühnen aufzubauen und später als Füllmasse ohne politische eigene Statements vor dem Rednerpult zu stehen.“

Während die Beiträge der ALB und Antifaschistischen Linken International (ALI) aus Göt-

tingen einen Schwerpunkt auf Bündnisarbeit und Organisation legten, betonte die Leipziger Antifa Gruppe (LeA), vor einer Intervention in die Gesellschaft habe „die Kritik derselben zu stehen, mit anderen Worten: Sich einen Begriff von ihr zu machen. Das Hintenanstellen der Theoriebildung befördert seinerseits eine Diskussion, die sich nur noch auf das ‚Auftreten‘ der ‚Bewegung‘ und nicht mehr den politischen Gehalt des Bewegtseins bezieht.“ In eine ähnliche Kerbe schlu-

gen die Beiträge der Top Berlin, die wie die ALB ihre Ursprünge in der Antifaschistischen Aktion Berlin hatte, und der autonomen antifa [f] aus Frankfurt. Letztere schrieb, Antifaschismus müsse inhaltlich „und nicht, wie bei den GenossInnen der ALB und der ALI, anhand von schon entschiedenen Bündnisstrategien“ bestimmt werden. Es ginge nicht nur darum, Nazis zu bekämpfen, sondern „auch jene Ideologien aus denen heraus die Bereitschaft entsteht, rechtsradikale Denkmuster anzunehmen.“ Darin und nicht im „Steineschmeißen oder Carhartttragen“

liege der zentrale Unterschied zwischen Antifa und bürgerlichem Antifaschismus.

Die Diskussionen um das Verhältnis von Praxis und Theorie, Bündnisarbeit und Kapitalismuskritik mündeten auch in neuen Anläufen bundesweiter Organisation. Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm formierten sich mit der Interventionistischen Linken (IL) und dem ...umsGanze! Bündnis Zusammenschlüsse, in denen sich auch Antifa-Gruppen oder Gruppen, die aus solchen hervorgegangen waren, vereinten. Wenngleich Antifa nicht den jeweiligen Schwerpunkt der bis heute bestehenden Bündnisse bildete, waren beide doch auch immer wieder in diesem Bereich aktiv.



Wir wollen uns am 8. Februar, um 17.00 Uhr im Infoladen, Breisacherstr.12, 8000 München 80, treffen, um hier konkrete Antifa-Arbeit anzufangen, über unsere Möglichkeiten einer festen Gruppe zu reden, auch in Bezug auf ein Archiv, und die Veranstaltung der Leute aus Hannover hier in München vorzubereiten.

Erstes Treffen einer Antifagruppe in München 1986 (aus Informationsdienst München)



Als dezidierte Vernetzung von Antifa-Gruppen wäre etwa „Irgendwo in Deutschland“ zu nennen, die sich vor allem Interventionen in rechten Hochburgen und der Beschäftigung mit rechtem Terror verschrieben hat. Deutschlandweit tritt auch die Kampagne „Nationalismus Ist Keine Alternative“ (NIKA) auf, die sich ab 2016 vor allem auf die AfD als „organisatorisches Rückgrat des Rechtsrucks“ konzentrierte. Weiterhin gibt es außerdem zahlreiche regionale Bündnisse und anlassbezogene Vernetzungen, etwa die überregionale Mitmachkampagne „Antifascist Action“ zur Bundestagswahl 2021 oder das Bündnis „Nicht lange fackeln“, das zum Beispiel gegen die Naziaufmärsche in Wunsiedel mobilisiert.

„GESCHICHTE WIRD GEMACHT...“ – TO BE CONTINUED.

Antifas stellen sich gegen neuere rechte Bewegungen wie Pegida und Konsorten, organisieren Schutz für Menschen, die von Nazigewalt bedroht sind, wehren sich gegen rechte Straßengewalt. Stellen sich mit Menschen- oder Materialblockaden, Demonstrationen oder Kleingruppenaktionen gegen rechte Aufmärsche. Stören rechte Propagandaauftritte im Wahlkampf. Gedenken der Opfer rechter Gewalt und stellen sich solidarisch an die Seite der Betroffenen. Recherchieren über rechte Strukturen, tragen Material und Informationen zusammen, diskutieren bei Vorträgen, auf Antifacamps und -kongressen. Stellen sich gegen rechte Raumnahme im Betrieb und in der Schule, im Stadtviertel oder der Provinz, in der Fankurve oder im Hörsaal. Organisieren Fußballturniere, Konzerte und Parties. Die Antifa ist oft totgesagt und trotzdem da. 2021 verkündete das Antifa-Magazin Der Rechte Rand den 100. Geburtstag der Antifaschistischen Bewegung, hatten doch 1921 die Arditi del Popolo den Kampf gegen Mussolinis faschistische Bewegung aufgenommen. Einige werden sicher den

Jahrestag der Gründung der Antifaschistischen Aktion 1932 zum Anlass nehmen, sich an einer Antifageschichtsstunde zu versuchen, während vielen die militanten Auseinandersetzungen beim NPD-Bundesparteitag in Fallingb. 1983 als so etwas wie die Geburtsstunde der autonomen Antifa gelten. Wann die Antifa nun wirklich Geburtstag feiern darf, wissen wir so genau auch nicht. Ob eine allzu direkte Bezugnahme auf die historischen Vorläufer vermessen oder eine Erzählung geschichtsvergessen ist, die erst da ansetzt, wo sich Leute Sturmhauben aufsetzen, können und wollen wir an dieser Stelle gar nicht beurteilen. Was wir aber wissen: Unabhängig vom konkreten Anlass ist es sinnvoll, sich mit der Geschichte der antifaschistischen Bewegung und der autonomen Antifa auseinanderzusetzen. Denn das heißt nicht allein, die Erinnerung am Leben zu halten, sondern eben auch Erfahrungen weiter zu geben, aus Fehlern lernen zu können. Vielleicht ergibt sich für die einen oder anderen auch eine Inspiration, wo es so hingehen könnte. Die Auseinandersetzung mit Konzepten wie denen der Fantifa, der Antifaşist Gençlik oder der bundesweiten Organisationen, ihren Erfolgen, Schwierigkeiten oder Niederlagen könnten sich von einem großen Wert für künftige Auseinandersetzungen erweisen. Oder auch nicht. Hoffentlich wird sich das eines Tages nachlesen lassen. ■

.....
Für eine weitere Beschäftigung mit der Geschichte der Antifa empfehlen wir die Bücher Antifa – Geschichte und Organisation aus der Reihe theorie.org, Antifaschistische Aktion von Bernd Langer, das Antifa-Gençlik Buch des AK Wantok, das Buch F-Antifa – Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken und unbedingt einen Blick in das Online-Archiv des Antifaschistischen Infoblattes, in dem ihr Jahrzehnte Bewegungsgeschichte nachvollziehen könnt.



EIN BISSCHEN MEHR UNGEHORSAM

Fantifa in der Provinz

Ab Ende der 1980er Jahre bildeten sich in verschiedenen Städten explizit feministische Antifa-Gruppen oder Frauen-Antifa-Gruppen. Fantifa richtete sich gegen den Sexismus in männlich dominierten Antifa-Zusammenhängen, befasste sich mit unterschiedlichen feministischen Themen aber auch mit klassischer Antifa-Arbeit. In Passau bestanden in den 90ern gleich mehrere Fantifa-Gruppen. Wir haben darüber mit Emma und Marie gesprochen.

Von *Nullacht51*

Zu Beginn vielleicht eine kurze Vorstellung: Wer seid ihr und was habt ihr mit feministischer Antifaarbeit zu tun?

Wir sind Emma und Marie und waren vor allem in den 90er Jahren in Passau, u.a. in verschiedenen Fantifagruppen aktiv. Das war für uns eine sehr intensive Zeit, die unsere politische Ausrichtung sicher stark geprägt hat und auch für unsere jetzige politische Arbeit nach wie vor große Bedeutung hat.

Wie kam es, dass ihr angefangen habt, euch abseits gemischtgeschlechtlicher Gruppen zu organisieren? Was waren eure Inhalte?

Wir haben uns damals zusammengeschlossen, weil wir das Gefühl hatten, dass unsere Inhalte in den gemischten Gruppen nicht genügend zum Thema gemacht wurden und auch nicht ausreichend Aufmerksamkeit bekommen haben. Das war zum einen natürlich gezwungenermaßen die Auseinandersetzung mit Sexismus und sexistischen Strukturen in den eigenen Reihen, vor allem mit Blick auf die Frage, wie man sowas ohne den bürgerlichen Staat und seine Institutionen lösen kann. Aber auch klassisch feministische Themen wie sexualisierte Gewalt, Prostitution oder die Debatte um §218 waren für uns wichtig, genauso wie die generelle Beteiligung an antifaschistischen und (radikal) linken Aktionen und Debatten unter feministischen Vorzeichen. Ein wichtiger Teil unserer Arbeit war außerdem die Schaffung von Räumen für FrauenLesben¹, beispielsweise Frauencafés oder Frauendiscos – nicht nur, um ungestört arbeiten zu können, sondern auch, um einfach

Zeit miteinander verbringen zu können, in einer geschützten Atmosphäre.

Haben sich eure Aktivitäten auf den Raum Passau beschränkt oder wart ihr auch mit anderen Gruppen vernetzt, die zu ähnlichen Themen gearbeitet haben? Wenn ja, wie sah das konkret aus? Im Zeitalter von Signal und Jitsi-Meetings ist es für einige sicher schwer vorstellbar, wie man vor 25 Jahren überregionale Bündnisse und Strukturen organisieren konnte.

Auf der Fantifa-Ebene gab es unter anderem Verbindungen in Städte wie Hamburg, Berlin, Bielefeld oder Nürnberg. Nach Oberösterreich aufgrund der geographischen Nähe natürlich auch. Noch viel mehr als heute war sowas abhängig von persönlichem Kontakt, da ging's weniger darum, wie stark die Szene in der Stadt war. Vernetzung und Struktur Aufbau liefen damals generell viel mehr über persönlichen Kontakt. Abseits von diesem existierten ja auch keine anderen Möglichkeiten, sicher zu kommunizieren. Das war natürlich anstrengend, für Treffen ständig in der Gegend rumfahren zu müssen, andererseits konnten wir so was ja auch mit Aktionen oder Demos in anderen Städten verbinden, sodass alle immer mehrere Gründe hatten, irgendwo hinzufahren. Gefühlt war es damals auch sicherer, mit der ganzen Technik und den Verschlüsselungsmöglichkeiten heutzutage gibt es ja oft auch so ein trügerisches, falsches Sicherheitsgefühl, das eine*n vielleicht auch leichtsinnig werden lässt.

Ihr meintet ja vorher, dass die Neunziger in Passau eine politisch sehr intensive Zeit waren. Könnt ihr dazu mehr erzählen? Mit welchen Herausforderungen sahen sich Passauer Feminist*innen bzw. Antifaschist*innen in dieser Zeit konfrontiert?

Die Situation war sicher nicht so angespannt wie in den neuen Bundesländern, aber wir hatten schon seit Anfang der 80er Jahre Großveranstaltungen der DVU in der Nibelungenhalle, zu denen Tau-

sende Nazis aus ganz Europa angereist sind. Insofern war hier schon immer wieder was los, aber durch die schlagkräftigen Strukturen, die Passau in den Neunzigern hatte – wir hatten teilweise bis zu 10 aktive Antifagruppen gleichzeitig in der Stadt (inkl. Jugend-Antifa- und zeitweise 5 Fantifagruppen), was für eine Kleinstadt wie Passau wirklich ordentlich ist – konnte die Stadt selbst außerhalb der Großveranstaltungen relativ nazifrei gehalten werden. Im Umland sah das natürlich teilweise anders aus, aber in der Stadt hat dieser "Mythos Antifa" bewirkt, dass Nazis sich nicht getraut haben, hier offen aufzutreten. Die Szene war damals auch noch weniger universitär geprägt, als das heute oft der Fall ist; gerade mit eigenen, autonomen Räumen gab es eine gute Durchmischung von Azubis, Schüler*innen und Arbeiter*innen und Studierenden. Für eine Kleinstadt war Passau also auf jeden Fall sehr gut aufgestellt.

Für eine niederbayerische Kleinstadt steht Passau sowohl aus feministischer als auch aus antifaschistischer Perspektive immer noch sehr gut da, aber die Schlagkraft, von der ihr berichtet, erreichen wir heute nicht mehr. Habt ihr Ideen, warum das so ist? Gab es interne Streitigkeiten oder ideologische Brüche?

Das liegt natürlich einerseits daran, dass es mit eigenen Räumlichkeiten schwieriger geworden ist. Andererseits gab es Ende der 90er Jahre massive Repressionen gegen Passauer Antifaschist*innen im Rahmen eines §129- Verfahrens (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Der Vorwurf wurde letztlich fallen gelassen, aber das ganze Prozedere hat wahnsinnig viel Energie gekostet, teils über Jahre – für die Beschuldigten, aber auch für das Umfeld und diejenigen, die Unterstützungsarbeit geleistet haben. Und das hat natürlich junge Leute abgeschreckt. Außerdem waren in der Zeit die Kapazitäten nicht da, um neue Leute einzubinden, aber auch die Veränderungen in der Studienlandschaft hinsichtlich des Bologna Systems haben eine Rolle gespielt. Studierende bleiben mit Bachelor, Master und Auslandssemestern einfach nicht mehr so lange vor Ort und haben auch mehr Leistungsdruck

als früher. Viele von uns haben damals im Zweifel mehr Zeit in die Politik als in Vorlesungen gesteckt. Ideologische Auseinandersetzungen hatten damit eigentlich nichts zu tun, die gab es auch noch nicht in dem Umfang, wie das heute der Fall ist. Natürlich haben wir über bestimmte Themen auch sehr kontrovers diskutiert, aber daran sind keine Gruppen oder Freund*innenschaften zerbrochen.

geändert haben, weil die Frauen das gefordert haben, und nicht, weil sie das selber für notwendig gehalten haben. Da gab es selbst am Frauenkampftag keine Unterstützung, nicht mal symbolisch Kaffee kochen oder so – im Gegenteil, teilweise wurde das sogar belächelt, weil Feminismus in den Augen der Männer damals einfach nur was für Frauen war. Der Feminismus wurde nicht als



Ihr habt am Anfang ja angesprochen, dass ihr unter anderem auch als Reaktion auf sexualisierte Gewalt und Sexismen in den eigenen Reihen angefangen habt, euch zu organisieren. Wie seid ihr da genau vorgegangen? Und hat es was gebracht?

Ein Hauptaspekt war sicherlich Aufklärungsarbeit zu (innerlinkem) Sexismus. Es war aber auch immer wieder wichtig, Männer² einfach mal in die Schranken zu weisen und klarzumachen, was geht und was nicht. Das hat insofern ganz gut geklappt, als dass wir auf Veranstaltungen nicht mehr belästigt wurden oder mit so viel Bullshit konfrontiert wurden. Aber wenn wir nicht vor Ort waren, ist im Endeffekt der gleiche Mist abgelaufen. Wir haben also gemerkt, dass die Männer nur ihr Verhalten

die fundamentale Gesellschaftskritik gesehen, die er ist. Teilweise hat sich die fehlende Auseinandersetzung auch aus der Überzeugung gespeist: "Wir sind links und können deshalb nicht sexistisch oder rassistisch oder antisemitisch sein, weil wir sind die Besseren". Zwar hat sich das langsam verändert, sodass irgendwann jeder Mann auch irgendwie gegen Sexismus war, aber was das für das eigene Handeln bedeuten muss, darüber wollte man(n) nicht nachdenken. Und auch in der Bündnisarbeit mit bürgerlichen Akteur*innen, was in Passau schon immer wichtiger Bestandteil antifaschistischer Arbeit war, fiel der Kampf gegen Sexismus immer als Erstes hinten runter.

Ihr habt ja mittlerweile einen etwas anderen, distanzierteren Blick auf die linke Szene. Würdet ihr sagen, dass

sich der Umgang mit Sexismus und feministischen Inhalten in der radikalen Linken mittlerweile verändert hat?

Es hat sich auf jeden Fall was verändert, die Frage ist nur, wie stark. In Teilen der antifaschistischen Linken gab es sicher einen Wandel: dass sich Männer überhaupt als Feministen bezeichnen, dass Feminismus als Systemkritik und nicht nur als "Frauensache" ernstgenommen wird, dass auch proaktiv versucht wird, das eigene Verhalten oder das seiner Genoss*innen zu reflektieren und Grenzen aufzuzeigen. Trotzdem beschränkt sich das Ganze noch zu sehr auf den akademischen Teil der Linken, und

sich richtig was bewegen, es hat Gewicht, was wir hier machen. Natürlich war es auch eine sehr anstrengende Zeit, auch weil die aktiven und organisierten Personen im Vergleich zum Unterstützer*innen- und Sympathisant*innen-Umfeld doch recht wenige waren und man viele Sachen selber machen musste. Wir mussten wirklich aufpassen, dass wir uns nicht aufreiben an all den verschiedenen Fronten. Trotzdem hat es Spaß gemacht, immer was zu tun zu haben und zu wissen, dass Passau für Nazis keinen Platz hatte, aufgrund unserer Aktionen und unseres Widerstands. Es sind viele Freund*innenschaften entstanden, die Solidari-

.....

„Wir mussten wirklich aufpassen, dass wir uns nicht aufreiben an all den verschiedenen Fronten.“

.....

auch da sind es noch zu wenige. Auch der Anstoß für männlichkeitskritische und antisexistische Arbeit und Intervention muss immer noch zu oft von FLINTAs kommen.

Abschließend vielleicht die Frage: Wie blickt ihr auf diese Zeit in eurem Leben zurück? Vermisst ihr das intensive politische Engagement oder seid ihr froh, euch nicht mehr mit Nazigewalt und Repression auseinandersetzen zu müssen?

Es war alles in allem schon eine sehr schöne Zeit. Gerade in den Neunzigern und Anfang der Zweitausender in einer niederbayerischen Kleinstadt hatten wir alle das Gefühl, hier lässt

tät und der Zusammenhalt waren trotz – oder gerade wegen – der Repressionen enorm.

Habt ihr noch etwas, was ihr der aktuellen Generation feministischer und antifaschistischer Engagierten mitgeben wollt?

Lasst euch nicht unterkriegen. Schafft euch eigene Räume, vor allem auch Räume ohne Männer sind wirklich wichtig, um eigene Aktivitäten und Positionen auszuarbeiten. Auch ein bisschen mehr Ungehorsam kann manchmal nicht schaden. Verlasst euch nicht zu sehr auf den bürgerlichen Staat, wenn es um Gewalt gegen FLINTAs, sexualisierte Gewalt oder den Kampf gegen Rechts geht. Bleibt frech und widerständig.

.....

1 Info zum hier verwendeten Begriff „FrauenLesben“: Damals ggü. ausschließlicher Benennung von Frauen bereits ein Fortschritt, der zum Ziel hatte, lesbische Identität sichtbarer zu machen. Inklusivere Begriffe, wie LGBTIQ, FLINTA u.Ä. existierten damals noch nicht.

2 Mit dem Begriff „Männer“ sind in aller Regel Cis-Menschen mit männlich definiertem sozialem Geschlecht gemeint – Cis war als Begriff in den 90ern noch nicht gebräuchlich. Um dies nachfolgend sichtbar zu machen, wird der damals gebräuchliche Begriff statt inklusiverer und weiterentwickelter Begrifflichkeiten verwendet.

DAS ERLANGER LOCH



Erlanger Aktivist*innen erzählen von Wackersdorf

„Man überschätzt sich immer gerne. Es war ja ne Bewegung, die das Leben einiger Leute schon sehr lange dominiert hat und die schon etwas Einmaliges war. Und da sagt man sich dann natürlich, klar haben wir was dazu beigetragen. Ich weiß es aber nicht.“

Von Gruppe Antithese

Oberpfalz, Oktober 1981: Kurz nachdem bekannt wird, dass die zentrale Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für abgebrannte Brennstäbe aus deutschen Kernreaktoren in Wackersdorf gebaut werden soll, kommt es zur Gründung der Bürger*inneninitiative gegen die WAA Schwandorf. Diese Entscheidung markiert den Beginn einer jahrelangen Protestbewegung, die linke, antifaschistische, autonome aber auch bürgerliche Kräfte vereinen wird. Trotz mehrerer Großdemonstrationen mit bis zu 35.000 Men-

schen in Schwandorf, Wackersdorf und umliegenden Orten, beginnen 1985 die Rodungen im Taxöldener Forst. Es folgen ein Hüttendorf am Rodungsgelände, Platzbesetzungen, Polizeigewalt, Massengewalt, Repressionen, Demonstrationen am Zaun, zwei Tote. Etwas, das bis heute noch in Erzählungen von den Protesten durchscheint, ist besonders auch die breite Solidarisierung bis in bürgerliche Haushalte hinein.

Erlangen liegt unweit der Oberpfalz, mit dem Auto dauert es nur eine gute Stunde nach Wackersdorf. Als radikale Linke in Erlangen sind wir auch an der linken Lokalgeschichte interessiert

und wollen herausfinden, was zu Wackersdorf-Zeiten in Erlangen los war. Wir treffen uns mit zwei Aktivist*innen von damals und sie beginnen zu erzählen: „Zunächst gab es in Erlangen ein breites, unorganisiertes Anti-WAA Plenum, woraus dann kleinere Gruppen entstanden.“ Vorangetrieben wird das maßgeblich von der lokalen Anti-Nato Gruppe, die vornehmlich autonom geprägt ist. „Die haben damals sehr gut mobilisiert. Die hatten das Konzept: wir wollen das breit machen. Sie sind in möglichst viele existierende Gruppen gegangen und haben die Gruppen agitiert. Ohne die Anti-Nato-Gruppe wäre das auch nie so geworden.“ Die ersten Treffen sind entsprechend sehr groß. Dabei sind etwa eine Bürger*inneninitiative gegen Munitionsbunker in Uttenreuth, die Initiative gegen imperialistische Theorie und Tat - Igitt und sonst „alles was sich so eingefunden hat“.

Für unsere Gesprächspartner*innen und einige Genoss*innen wird damals schnell klar, dass sie im Vergleich zu den etablierten Gruppen zu unorganisiert sind: Diese dominieren die Plena, die Neuen „kamen beim Plenum nicht zum Zug“.

Als Antwort löst sich aus dem WAA-Plenum eine kleine Gruppe heraus, die sich von nun an immer mittwochs trifft und daher ihren Namen ableitet: die *Mittwochsgruppe*. Sie verstehen sich als „eher anarchistisch organisiert“. Aus dieser Gruppe wird im Laufe der Jahre dann die *Gruppo Diffuso* - sie gibt es in Erlangen noch heute.

Trotz kleinerer Spaltungen und Neugründungen sind die damaligen Erlanger Anti-WAA Aktivist*innen auch viel in Wackersdorf aktiv und unterstützen die Proteste vor Ort. So gibt es beispielsweise auch eine „Erlanger Hütte“ im Hüttendorf im Taxöldener Forst. Dieses Hüttendorf entstand dort, um die Räumung eben jenen Waldes zu blockieren und zu verhindern. Neben der Erlanger Hütte gibt es weitere Hütten, die von Aktivist*innen aus jeweils anderen Städten errichtet wurden. Besonders in Erinnerung geblieben sind die Bauten von Regensburg Aktivist*innen: „Die waren Zimmerleute, die haben Baumhäuser gebaut, echt weit oben, das wurde dann später vom GSG 9 geräumt, weil sonst niemand hinkam. Die haben sich vom Hubschrauber abgeseilt. Das war die Zeit, in der die GSG 9 aktiv wurde.“

„DA HILFT NUR NOCH HUBSCHRAUBEREINSATZ. HUBSCHRAUBEREINSATZ. HUBSCHRAUBEREINSATZ.“

Warum der Song „Hubschraubereinsatz“ von der Band *Foyer des Artes* zum Erlanger „Demo Hit“ von Wackersdorf wurde, lässt sich auch auf einen Hubschraubereinsatz zurückführen: Am 7. September 1986 macht ein Polizist in einem Hubschrauber Jagd auf Aktivist*innen. Um drei seiner Kollegen wieder einsteigen zu lassen, landet er mitten auf dem Gleis einer an den Forst angrenzenden Bahnstrecke. Dabei kollidiert der Hubschrauber mit einem DB Triebwagen. „Hubschraubereinsatz“ passte da als Hymne wohl sehr gut und wird anschließend von vielen Aktivist*innen im Hüttendorf angestimmt.

Doch nicht nur Hütten werden gebaut, auch direktere Aktionen werden eifrig unterstützt: „Später, als der Bauzaun gebaut wurde, gab es dann das Erlanger Loch. Der Bauzaun wurde dann eben massiv angesägt und angegriffen. Um so einen Bauzaun zu demolieren, ist es gut, wenn man einen Riesenschneidemaschine hat, also so einen wo halt an jeder Seite dann zwei Leute zwicken, dann geht das durch wie Butter. So ein Gerät da hochzukriegen war aber nicht so einfach. Der Bolzenschneider wurde dann immer zerlegt in alle Kleinteile. Alle haben dann einzelne Teilchen von diesem Bolzenschneider hochgeschleppt und dann hat sich das ganze dort wieder zusammengefunden. Das hat immer gut funktioniert eigentlich. Und so haben sich eben verschiedene Städte an verschiedenen Stellen des Zauns zu schaffen gemacht. Vielleicht war es ein kleiner Vorläufer des Fingerprinzips.“

Bis heute werden die autonomen „Chaoten“ oft in ein Licht gerückt, in dem sie für die Gewalt verantwortlich waren und das repressive Vorgehen der Polizei nötig machten. Bestimmt waren es auch Autonome, die große Parts der Organisation in die Hand genommen haben, aber besonders bemerkenswert an den Wackersdorf Protesten ist ja eben, dass von Beginn an Autonome und „normale“ Bürger*innen Hand in Hand laufen.

„Weil die Polizei immer so massiv und irre vorgegangen ist, die rumgeknüppelt haben wie blöd. Also die Leute waren einfach entsetzt und haben sich dann solidarisiert. Sie waren halt einfach fassungslos. Irgendwann wurde der Polizeipräsident

aus Regensburg abgesetzt und die alte Polizeitaktik, die hauptsächlich daraus bestand, dass CS-Gas geschossen wird, somit auch. Ab jetzt haben die Greiftrupps losgeschickt, die haben aber auch nicht so gut differenziert. Auch da wurden immer wieder Oberpfälzer Bürger*innen übel behandelt und haben sich dadurch immer mehr solidarisiert.“

Auch wenn Wackersdorf natürlich der zentrale Ort der Proteste ist, finden auch in Erlangen zahlreiche Soli- und Protestaktionen statt. Als die 61-jährige Erna im März 1986 von der Polizei umgehauen wird und anschließend an einem Herzinfarkt stirbt, schwappt eine große Welle der Solidarität und Wut durch die Republik. Ein Polizei-Verwaltungskiosk, der in Erlangen auf dem Hugenottenplatz aufgestellt worden war, um dort im öffentlichen Raum Präsenz zu zeigen, wird angegriffen und zerlegt:

„So ein Stand reizt halt viele Leute, Schabernack zu machen. Nach dieser Aktion war er dann kaputt und wurde nicht mehr aufgebaut.“

Besonders an der Erlanger Anti-WAA-Bewegung ist außerdem der direkte Bezug zu Siemens, das hier einen seiner Hauptsitze hat. Erlangen ist zu dieser Zeit der einzige bayerische Standort

des Siemens Tochter-Kraftwerksunternehmens KWU (Kraftwerk Union AG), das vor allem den Bau von Kernkraftwerken betreibt. Am einge-



Zu sehen ist der Polizeikiosk auf dem Titelbild der „Was lefft“. Dies war eine in Erlangen monatlich herausgegebene linke Stadtzeitung

zäunten KWU-Gelände gibt es – in Anlehnung an die bekannten Spaziergänge in Wackersdorf – ebenfalls Zaunspaziergänge.

Zusätzlich gibt es mehrere Anti-KWU-Demos in Erlangen. Ihnen wird mit massiver Repression

Aus heutiger Perspektive bleibt von Wackersdorf vor allem die starke Solidarisierung zwischen den – auch radikalen und militanten – Protesten und der breiten Bevölkerung der Oberpfalz im Gedächtnis.

begegnet: „Vor allem auch im Vorfeld. Alle potenziell Beteiligten wurden immer observiert, man drehte sich um und plötzlich war ein Auto hinter dir. Wir wurden ständig beschattet wegen so Kleinigkeiten.“

Ein antikapitalistischer WAA-Film von Menschen aus der *Anti-Nato-Gruppe*, *Igitt* und der *E-Werk Filmgruppe*, mit dem Namen „WAArum“, soll im lokalen Kulturzentrum E-Werk Premiere feiern. Aufgrund von Druck der Polizei und Siemens wird die Veranstaltung aber abgesagt: „Weil es damals eh so Befürchtungen gab, dass die Autonomen das E-Werk übernehmen. Eine völlige Überschätzung (lacht).“ Die Vorstellung konnte schließlich aber doch durchgesetzt werden.

1988 stirbt der Mann, dessen Prestigeprojekt der Bau der WAA war: Franz Josef Strauß. In Erlangen sorgt ein Transpi in der Bismarckstraße für Furore: „Leute lasst die Korken knallen, das dumme Schwein ist umgefallen.“

Strauß' Tod in Kombination mit den steigenden Baukosten führen schlussendlich aber zu einem Baustopp. Die WAA wird nie fertiggebaut. Welche Rolle dabei die WAA-Proteste gespielt haben?

„Ich glaube es war ein hoher politischer Preis, den die Politik hier gezahlt hat, weil sie einfach die Bevölkerung der Oberpfalz gegen sich aufgebracht haben. Die Oberpfalz war für sie nicht mehr richtig kalkulierbar, man wusste nie, wie sich das politisch so weiterentwickelt. Es hat im sozialen Gefüge der Oberpfalz was verändert und polarisiert. Es gab etliche Leute aus der Oberpfälzer Szene, die dann im Zuge dieser Wackersdorfsachen, auch weil sie studieren angefangen haben, nach Erlangen oder Nürnberg gekommen sind. Wackersdorf war schon

auch so ein Einstieg in so eine linksradikale Szene. Es hat festere Strukturen geschaffen, die dann konstanter waren.“

Auch wenn die Wackersdorf-Proteste nicht als rein antifaschistische Kämpfe bezeichnet werden können, betrachten wir sie trotzdem als Teil antifaschistischer Kämpfe in der BRD: Sie können als Vorgängerin heutiger Bewegungen wie Ende Gelände oder Hambi bleibt betrachtet werden: Kämpfe, die antikapitalistisch, ökologisch und explizit antifaschistisch sind. Im konkreten Fall Erlangen waren die Proteste von Wackersdorf auch wichtig für die Bildung antifaschistischer Strukturen. Aus der *Mittwochsgruppe* wird die *Gruppo Diffuso*, die sich in den folgenden Jahren besonders mit ehemaligen Partisan*innen aus Italien vernetzt, Recherchen zu Kriegsverbrecher*innen aus Erlangen aufbereitet und mehrere Ausstellungen konzipiert.

Bis heute ist die *Gruppo Diffuso* eine wichtige unterstützende Instanz für alle nachfolgenden Antifaschist*innen.

Aus heutiger Perspektive bleibt von Wackersdorf vor allem die starke Solidarisierung zwischen den – auch radikalen und militanten – Protesten und der breiten Bevölkerung der Oberpfalz im Gedächtnis. War es nur die brutale Bullengewalt, die dafür sorgte? Was haben die damaligen Aktivist*innen richtig gemacht, damit es so kam? Und wie können wir, als heutige Antifa-Bewegung daran anknüpfen? Wie gelingt breite Bündnisarbeit, ohne inhaltliche Radikalität einzubüßen? Wie kann antifaschistische Praxis funktionieren, die nicht beim ersten Rauchtopf und der ersten Vermummung Entsolidarisierung aus dem linksliberalen Millieu erfährt? ■



Der neonazistische Rudolf-Heß-Marsch und antifaschistische Gegenmobilisierungen

von *Nicht lange Fackeln! – Antifaschistisches Bündnis*

Vor hundert Jahren gründeten sich in Italien die Arditi del Popolo (Mutigen des Volkes), um dem aufkommenden Faschismus den Kampf anzusagen. Das Jahr 1921 kann also als Gründungsdatum antifaschistischer Bewegungen gelten. Die Ausgangslage heute ist in keiner Weise mit den Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik oder der Arbeit im Untergrund während des Nationalsozialismus zu vergleichen. Aktionsformen und Strategien wurden viel diskutiert und haben sich seit damals vielfach gewandelt. Anfang der 1990er Jahre gründeten sich in vielen deutschen Städten Antifagruppen wie wir sie heute kennen. Ihr Ziel war es, Nazis aus der Deckung zu holen, ihre Aufmärsche zu verhindern und ihnen ihre Zentren zu nehmen.

Ein Ort, an dem diese Auseinandersetzung über Jahrzehnte stattfand und immer noch stattfindet, ist die oberfränkische Stadt Wunsiedel. Seit den 90er Jahren ist Wunsiedel ein zentraler Ort für die neonazistische Szene in Deutschland und darüber hinaus. Dort wurde der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, der in den Nürnberger Prozessen zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und der in der Szene als Märtyrer gilt, beerdigt. Bereits kurz nach seinem Tod belagerten Neonazis über Wochen den Friedhof in Wunsiedel, um an seiner Beerdigung teilzunehmen. In den 90er und 2000er Jahren gehörten die Rudolf-Heß-Gedenkmärsche mit teils bis zu 4.600 Teilnehmenden dann zu den größten extrem rechten Aufmärschen Europas. Seit den ersten Rudolf-Heß-Märschen haben es sich

Antifaschist*innen zur Aufgabe gemacht, die Nazis in ihrer Inszenierung und ihrem Gedenken zu stören, ihre Strukturen aufzudecken und die Aufmärsche zu verhindern.

DIE 90ER JAHRE:

Bereits 1988, ein Jahr nach dem Tod Rudolf Heß fand in Wunsiedel der erste Gedenkmarsch statt. Organisiert wurde er von den prominenten Nazis Michael Kühnen und Christian Worch, der

der spontanen Änderungen gelang es, rund 2.000 Antifaschist*innen für die Gegenproteste zu mobilisieren. Im Jahr darauf sollte daran angeknüpft und die Aktionsfelder erweitert werden:

„Wir finden es richtig und wichtig, neonazistische Demonstrationen wo möglich zu verhindern. Für Wunsiedel halten wir eine Doppelstrategie für realistisch. Einerseits durch eine starke Bündnisdemonstration ihnen politisch zu begegnen und, wo möglich, ihnen »Räume und Plätze« zu nehmen, andererseits gezielt in ihre Vorbereitungen und



Nazianwalt Jürgen Rieger setzte den Aufmarsch gegen ein Verbot in der ersten Instanz durch. Trotz der bekannten Organisierenden blieb der Aufmarsch im 1. Jahr mit 120 Teilnehmenden noch relativ klein. Das änderte sich aber in den darauf folgenden Jahren: Bereits 1990 nahmen bis zu 1.100 Neonazis an der Veranstaltung Teil, der Heß-Marsch wurde zu einem der größten Events der neonazistischen Szene. 1991 wurde der Aufmarsch dann verboten, nicht zuletzt auch wegen antifaschistischer Gegenmobilisierung in Wunsiedel, die Nazis wichen nach Bayreuth aus. Trotz

den Ablauf ihrer Demonstration einzugreifen.“¹ Die hier formulierte Strategie wurde dann auch konsequent umgesetzt. Im Kreis Gütersloh, wo zentrale Akteur*innen der Neonaziszene lebten, fanden antifaschistische Demonstrationen zu deren Privatadressen statt, ebenso kam es zu verschiedenen Sabotageaktionen.

Aufgrund der staatlichen Verbote und der massiven Gegenproteste versuchten die Nazis sich verstärkt in klandestiner Mobilisierung, was mittelfristig für einen Bedeutungsverlust der Aufmärsche und kurzfristig für chaotische Zustände sorgte.

Der Heß-Marsch wurde zu einem der größten Events der neonazistischen Szene.

»Antifa heißt Busfahren« lautete die selbstironische Parole der 1990er Jahre. In vordigitalen Zeiten ohne Internet, SMS und Mobiltelefone waren die Mobilisierungen zu Heß' Todestag für alle Beteiligten eine Herausforderung. Neonazis verabredeten sich u.a. über „Nationale Infotelefone“ an Schleusungspunkten. Antifaschist*innen organisierten Busse und machten sich auf den Weg zu einem möglichst zentralen Ort in der Bundesrepublik, ohne zu wissen, wohin die Reise am Ende gehen würde.²

Durch Verbote und antifaschistische Interventionen, die die Nazis immer stärker zu spontanen und klandestinen Mobilisierungen zwangen, verlor der Aufmarsch Mitte der 90er an Bedeutung, teilweise mussten die Nazis sogar nach Belgien oder Dänemark ausweichen.

DIE 2000ER

Aufgrund der geringen Bedeutung der Aufmärsche Ende der 90er Jahre fiel der Grund der Verbote – eine Gefahr für die öffentliche Ordnung – für die Gerichte weniger ins Gewicht und es gelang dem Neonazi Anwalt Jürgen Rieger 2001 am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, diese zu kippen. Die Folge war, dass erneut tausende Neonazis in Wunsiedel demonstrierten und öffentlich Nazi-Kriegsverbrechern gedachten.

Während der Bürgermeister von Wunsiedel (SPD) in der Vergangenheit immer dafür plädiert hatte, die Nazis schlicht zu ignorieren, wurde ab 2001 auch die Wunsiedler Zivilgesellschaft aktiv. Es wurden Banner in der Stadt aufgehängt, die Festwiese nicht mehr an die Nazis vergeben und 2004 kam es sogar zu einer Sitzblockade der neu gegründeten „Jugendinitiative gegen Rechtsex-

tremismus“. An der Blockade, die den Naziaufmarsch mit ca. 4.600 Teilnehmenden für eine halbe Stunde zum stehen brachte, beteiligten sich auch Kommunalpolitiker*innen der CSU sowie der Bürgermeister (SPD).

Auch autonome Antifaschist*innen begannen wieder, sich mit Wunsiedel zu beschäftigen, die Kampagne „NS-Verherrlichung Stoppen“ wurde gegründet. Die Kampagne hatte zum Ziel „Gegen jede Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus und der Relativierung der Deutschen Geschichte“ vorzugehen, dabei wurde im Heß-Gedenkmarsch der zentrale Schwerpunkt gesehen. Doch bereits 2005 wurden die Heß-Märsche aufgrund der Störung des „öffentlichen Friedens in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise“ erneut verboten. „NS-Verherrlichung Stoppen“ entschied sich trotzdem dafür, weiter nach Wunsiedel zu mobilisieren. Es gelang, das Thema Rudolf-Heß-Marsch bundesweit wieder auf das Radar von Antifaschist*innen zu bekommen und eine kraftvolle Demonstration mit über 2.000 Teilnehmer*innen zu veranstalten.

Die Verbote hatten auch in den folgenden Jahren Bestand und mit der Auflösung des Heß-Grabes 2011 verlor die neonazistische Rechte ihre Pilgerstätte.

HEUTE

Heute veranstaltet der III. Weg, der Nachfolger des verbotenen „Freies Netz Süd“, jährliche Märsche unter dem Titel „Heldengedenken“ im November. Offiziell ist dabei jeglicher Bezug zu Rudolf Heß untersagt. Auch wenn es seit 2004 nicht mehr gelang, mehr als 250 Nazis zu den Veranstaltungen zu mobilisieren, ist die Bedeutung für

die Szene intern nach wie vor groß. Dort treffen sich führende Kader der neonazistischen Szene. Immer wieder zeigt sich hier auch die enge Verbindung des III. Wegs zum Rechtsterrorismus. Auch die Wirkung als verbindendes, stärkendes Event für die Szene ist nicht zu vernachlässigen. Insbesondere da die Aufmärsche in den letzten Jahren weitgehend störungsfrei abliefen. Bür-

den der Stadt aufmarschieren, ob hier in Wunsiedel, oder in Erfurt, Bamberg, Berlin oder sonst wo. Wir wollen uns Neonazis, ihren Traditionen und ihrer Selbstermächtigung in den Weg stellen. Wir möchten das konsequent machen und wir möchten das gemeinsam machen!“ Nachdem das neonazistische Heldengedenken 2020 coronabedingt nicht stattfand, marschierten am 14. November



2021 wieder knapp 200 Neonazis durch Wunsiedel. Mit mehr als 400 Antifaschist:innen waren auch wir in Wunsiedel um den Naziaufmarsch zu stören, wo immer möglich. Und trotz der entschlossenen antifaschistischen Demonstration war der Tag für uns kein Erfolg. Die Nazis konnten fast ungehindert durch


gerlicher und kirchlicher Protest mit Bratwurst außerhalb der Hörweite sorgte zwar dafür, dass die Nazis nicht durch Innenstadt laufen konnten, störte diese aber auch nicht weiter.

Wunsiedel laufen und bekamen sogar – zum ersten Mal seit Jahren – eine Kundgebung am symbolträchtigen „Kriegerdenkmal“ genehmigt. Währenddessen wurde unsere Demonstration mit abstrusen Auflagen belegt und immer wieder gestoppt und von der Polizei angegriffen. Der Tag hat uns erneut gezeigt, dass wir uns bei unseren Protesten gegen Neonazis und Rechten Terror auf Staat und Polizei nicht verlassen können.

Um dem ritualisierten, symbolischen Protest in Wunsiedel neuen Wind einzuhauchen und den Naziaufmärschen den Kampf anzusagen, haben sich 2019 verschiedene Antifagruppen aus Süd- und Ostdeutschland zum „Nicht lange Fackeln!“ Bündnis zusammengefunden. Mit einer entschlossenen antifaschistischen Mobilisierung gelang es bereits im ersten Jahr, 350 Antifaschist*innen zu einer kämpferischen Demonstration nach Wunsiedel zu mobilisieren. In einer Rede hieß es:

Und gerade deshalb werden wir nicht aufgeben, wir werden nicht akzeptieren, dass Nazis in Wunsiedel ungestört aufmarschieren. Unser Ziel ist und bleibt es, das jährliche Nazispektakel zu verhindern! ■

„Was wir fordern, ist ein antifaschistischer Konsens. Wir wollen eine Strategie erarbeiten, wir wollen protestieren, uns dagegenstellen, laut, gemeinsam, vielfältig und kreativ. Uns ist hierbei egal, ob die Neonazis vor der Schule oder im Nor-

Infos zu Mobiveranstaltungen, dem Naziaufmarsch, der Anreise und den Aktionen unter **nichtlangefackeln.noblogs.org** oder auf Social Media. 

1 www.antifainfoblatt.de/artikel/für-eine-große-internationalistische-antifaschistische-demonstration
 2 www.antifainfoblatt.de/artikel/25-jahre-mythos-rudolf-heß

ANTIFA HEISST ARCHIVARBEIT

Ein Gespräch mit dem Münchner AIDA-Archiv

.....

Seit 30 Jahren gibt es in München die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle e.V. (kurz: AIDA e.V.). Wir haben uns mit Aktiven des Archivs über ihre Entstehungsgeschichte und ihre Arbeit sowie die Wichtigkeit antifaschistischer Archive im Allgemeinen unterhalten.

.....

Zunächst wäre es schön, wenn ihr uns etwas zur Entstehungsgeschichte des Aida-Archives erzählen könntet?

Seit dem Ende der 80er Jahre haben auch in München Antifaschist*innen Informationen zur extremen Rechten gesammelt, mit den Jahren ist es immer mehr Material geworden. Um eine Kontinuität und auch eine Zugänglichkeit dieser Sammlung sicherzustellen, haben die damals aktiven Antifaschist*innen – die zum Teil bis heute im Archiv aktiv sind – einen Verein gegründet. Das ist natürlich für eine linke Gruppe eher ungewöhnlich, aber so ist die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. entstanden. Dieser Verein ist die Grundlage gewesen, sich um das damals bereits Gesammelte und das Weitersammeln zu kümmern. Das Projekt ist dann mit den Jahren immer weiter gewachsen und ist mittlerweile eine einigermaßen bekannte Institution. Wir haben Räume – die leider aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich

zugänglich sind – und eine stattliche Sammlung. Teilweise auch Sachen, die aus den Jahren vor dem Gründungsdatum sind.

Das heißt schwerpunktmäßig lag euer Fokus schon immer auf München?

Ja genau, unser Schwerpunkt lag schon immer auf München, demnach haben wir besonders viel zur extremen Rechten in München zusammengetragen. In den letzten Jahren hat es sich aber so gewandelt, dass wir Material aus ganz Bayern sammeln.

Könnt ihr einmal beschreiben worin genau ihr eure Arbeit seht?

Im Allgemeinen geht es darum, als Antifaschist*innen selber Material aufzuheben. Wir sammeln Informationen, Unterlagen und Veröffentlichungen aus der extremen Rechten. Zum Beispiel wenn das Leute in die Briefkästen

geschmissen bekommen, was im Wahlkampf verteilt wird oder was wir im öffentlichen Stadtbild finden. Das archivieren wir, um Entwicklungen der extrem Rechten frühzeitig mitzubekommen oder besser analysieren zu können.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind eigene Publikationen der antifaschistischen Bewegung, zum Beispiel Magazine und Zeitschriften. Dies ist insofern wichtig, da die wichtigsten und vielfältigsten Informationen in Form von Heften und Büchern analog sind und das wollen wir auch möglichst in Zukunft so gut zugänglich machen wie möglich. So haben wir immer Zugriff auf die Materialien, die wir benötigen und können selber Analysen treffen ohne uns auf offizielle und gewissermaßen staatliche Archive verlassen zu müssen.

Wir haben eine der größten Fachbibliotheken zur extremen Rechten. Zum einen, damit sich Antifaschist*innen die Bücher nicht selbst kaufen müssen, zum anderen können wir so auch vergriffene Bände zugänglich machen. Die Bücher kann man in der Fachinformationsstelle Rechts extremismus in deren Bibliothekssaal lesen.

Könnst ihr konkrete Anlässe benennen, an denen sich zeigen lässt, wie wichtig antifaschistische Archive sind?

Jeden Tag sieht man, dass antifaschistische Analysen extrem wichtig sind. Sie spiegeln Situationen viel passender wieder und sind viel korrekter als das, was von staatlichen Organen und Geheimdiensten behauptet wird. Wenn man jetzt beispielsweise das extrem rechte „Institut für Staatspolitik“ anschaut: Seit der Gründung des IfS haben Antifas über 20 Jahre hinweg Artikel über das IfS geschrieben und es beobachtet. Und jetzt nach 21 Jahren kommt der Verfassungsschutz daher und klassifiziert das IfS für seine extrem rechten Positionen. Da sieht man auf der einen Seite den Vorteil eigener Analysen und Recherchen und auf der anderen Seite ist all das nur möglich mit der Arbeit von Archiven. Denn Antifaschist*innen, die jetzt aktiv sind, haben ja vielleicht die Gründung des Instituts für Staatspolitik gar nicht mitbekommen und können jetzt von den Analysen, Recherchen, Literatur und Bü-

chern, die es über das IfS gibt und zum Beispiel bei uns im Archiv zugänglich sind, profitieren.

Aber das anschaulichste wie dramatischste Beispiel, die Wichtigkeit aufgehobener Materials zu zeigen, ist ganz klar der NSU-Komplex. Nach dem Schock 2011 – selber blind gewesen zu sein – war es natürlich so, dass man sich seither die Neonazi-Szene der 1990er Jahre noch mal neu vorgenommen hat und das ist eine Zeit bevor das Internet populär war. Das heißt, alle Zeugnisse der damaligen Neonazi-Szene, die es noch gibt, sind Printversionen oder es sind antifaschistische Beobachtungen, Artikel, etc. über die Neonazi-Szene der 1990er Jahre – da musste man jetzt ran. Ohne antifaschistische Archive wäre das völlig unmöglich gewesen. Nur weil unsere Vorgänger*innen in den 1980er und 1990er Jahren einen enormen Aufwand betrieben haben, um Material der Neonazi-Szene in die Finger zu bekommen und weil andere es Jahrzehnte lang aufgehoben haben, konnte man 2011 eigene Analysen zu den NSU-Netzwerken in der Form und Qualität überhaupt machen. Die Arbeit zum NSU-Komplex, aber auch die Hilfestellungen für die Nebenklagevertreter*innen und die Arbeit mit den Betroffenen, ist nur deshalb möglich gewesen, weil Antifas damals viel aufgehoben haben. Das ist ein bitterer Anlass, der aber auch ganz genau zeigt, wie wichtig das Aufheben von Materialien über die extreme Rechte, aber eben auch der eigenen Veröffentlichungen, ist. Gleichzeitig bleibt natürlich der Schock, Angehörigen und Betroffenen nicht zugehört zu haben.

Und gerade auch jetzt, wenn man sich das erstarken der AfD anschaut, beruht einiges unserer Analysen über deren Strategien auf dem, was wir aus der jahrzehntelangen Beschäftigung mit neuer Rechten und faschistischen Bewegungen kennen. Und wenn es jetzt zum Beispiel darum geht, Personen oder Netzwerke innerhalb der AfD zu charakterisieren, dann ist es natürlich schon sehr hilfreich zu wissen, was die ggf. vor der Gründung der AfD gemacht haben. Also z.B. aus welchen Burschenschaften die kommen oder ähnliches. Und da ist es natürlich total wichtig Archive wie uns zu haben, die diese Materialien aufheben. Das gilt bis heute, damit wir in späteren Analysen eben genau darauf zurückgreifen können.

Warum ist auch das Sammeln und Aufbewahren von antifaschistischen Publikationen so wichtig?

Vor allem auch deswegen, da es ja eine hohe Fluktuation von Gruppen und Strukturen gibt (das ist ja kein Geheimnis) und so kann Wissen schnell verloren gehen. Und was noch wichtig zu sagen wäre: Vor allem Wissen aus Dörfern und kleineren Städten in Bayern geht schnell verloren, auch gerade weil wir da natürlich viel weniger mitbekommen. Daher freuen wir uns auch immer ganz besonders, wenn es ausserhalb von Großstädten aktive Antifas gibt, die uns regelmäßig Stoff zukommen lassen.

Es gibt nur noch wenige antifaschistische Archive in Deutschland und es ist wichtig, dass diese weiter existieren.

Ihr seid ja ein kleiner Verein mit Ehrenamtlichen, was gibt es denn für Möglichkeiten euch zu unterstützen?

Eine der Besonderheiten von AIDA ist, dass es ein selbstfinanziertes Projekt ist, die Akteur*innen bei AIDA haben viel eigene Mittel in das Projekt gesteckt und es gibt Geldspenden von Unterstützer*innen. Somit ist über die Jahre hinweg eine finanzielle Unabhängigkeit entstanden – sei es von Stiftungen oder gar staatlichen Stellen. Es gibt nur noch wenige antifaschistische Archive in Deutschland und es ist wichtig, dass diese weiter existieren. Wir freuen uns natürlich immer über finanzielle Unterstützung aus der antifaschistischen Bewegung, wobei uns natürlich bewusst ist, dass auch immer Geld für andere wichtige Sachen, wie beispielsweise Antirepressionsarbeit, gebraucht wird.

Das heißt ihr freut euch, wenn es aus der nächsten Soliparty (wenn es die dann hoffentlich in After-Corona Zeiten wieder gibt) eventuell mal einen Soli-Schnaps gibt und die Einnahmen daraus an das Archiv gehen?

So kann man das natürlich auch sagen.

Was hilft euch denn sonst noch weiter außer finanzieller Unterstützung?

Uns ist wichtig zu betonen, dass wir keine Recherchegruppe sind, als die wir oft wahrgenommen werden, sondern ein Archiv. Das heißt auch, wir freuen uns über Nachlässe, also Bücher aus der extremen Rechten, aber auch antifaschistische Schriften. Wir freuen uns, wenn uns Antifaschist*innen Material geben, dass sich bei ihnen angehäuft hat. Und ganz besonders wichtig sind Informationen aus der Öffentlichkeit, also von der rechten Zeitschrift, die Menschen zufällig in ihrem Briefkasten finden, Fotos, die man von nem AfD-Stand gemacht hat, verschwörungsideologische Aufkleber, die man abgekratzt hat, bis zum Prozesstermin, den man mitbekommt. Das sind alles Infos, die super wichtig sind und über die wir uns sehr freuen. Denn nur alles was uns mal zur Verfügung gestellt wird kann dann auch irgendwann mal wiedergefunden werden und als Quelle dienen.

Vielen Dank für das Interview und unsere tiefste Dankbarkeit für die unermüdliche und enorm wichtige Arbeit, die ihr als Archiv in den letzten 30 Jahren geleistet habt!

Besucht das Archiv auf aida-archiv.de 

EIN LEBEN LANG KONSEQUENT GEBLIEBEN.

Über den KZ-Überlebenden, Antifaschisten und Kämpfer für eine gerechte Welt, Martin Löwenberg

Von *antifa nt*
.....

Antifaschistische Geschichte ist auch die Geschichte von einzelnen Personen, von ihren Kämpfen und ihren Ideen. Die Geschichte von Martin Löwenberg ist in dieser Hinsicht besonders bemerkenswert, denn Martin ist sein ganzes Leben lang für die Ideale einer besseren und gerechteren Welt eingetreten - trotz heftigster Angriffe und scheinbar unüberwindbarer Gegenmacht. Verdichtet und sicherlich nicht repräsentativ für alle lässt sich anhand von Martins Leben aber auch die Geschichte antifaschistischer und linker Bewegungen von den 30er Jahren bis in die Gegenwart nachvollziehen.

Martin wurde 1925 in eine sozialdemokratische Familie geboren. Als Linker und Sohn eines jüdischen Vaters geriet er bald mit dem nationalsozialistischen Regime in Konflikt. Bereits in Teenager-Jahren beteiligte er sich an Widerstandshandlungen auf unterschiedlichen Ebenen, mit ein Grund für seine KZ-Inhaftierung im Mai 1944. Nach der Befreiung am 7. Mai 1945 durch die Rote Armee ist Martin weiterhin seinen Überzeugungen treu geblieben. So gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und war alsbald in weiteren linken Gruppen aktiv. In der BRD, deren Institutionen von Altnazis durchsetzt waren, musste Martin bald einen hohen Preis dafür zahlen. Die Losung „Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg“ war für ihn mehr als leere Worte, wie üb-

rigens für Hunderttausende der mittlerweile weitgehend vergessenen Bewegung gegen die militärische Wiederbewaffnung (West-)Deutschlands.

Mittlerweile nach München gezogen, erlebte er am 11. Mai 1952 in Essen, wie sein Freund und Genosse Philipp Müller auf einer nicht-genehmigten antimilitaristischen Demo von der Polizei erschossen wurde. Polizei und Justiz – beides Apparate, in denen eine vormalige NSDAP Mitgliedschaft eher Einstellungsgrund als Hindernis waren – drangsalieren Martin Löwenberg auch nach 1945: Wegen seines Engagements in der nach 1956 verbotenen KPD. Insgesamt 16 Monate wurde er in isolierte Einzelhaft gesperrt.

Ab den 60er Jahren betätigte sich Martin viel im gewerkschaftlichen Bereich und war lange Jahre Betriebsrat. In den 80ern versuchte er die Zusammenarbeit zwischen Arbeiter_innenbewegung und Umweltbewegung zu forcieren, unter anderem bei den damals neu gegründeten Grünen. Hieran lässt sich Martins politische Sensibilität erkennen, auch auf neue politische Akteur_innen zuzugehen und etablierte Wege zu erweitern. Der Brückenschlag von traditioneller Arbeiter_innenbewegung zu den neuen sozialen Bewegungen war ihm wichtig, allerdings nicht zu jedem Preis und so verließ er die Partei, als sie ihm zu rechts wurde.

Antimilitarismus hat Martin stets als elementaren Bestandteil des Kampfs gegen Rechts verstanden. So gehörte er in den 1990er zu den Mit-

gründer innen des „Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus“, eines breiteren linken Zusammenhangs, der sich, aus der Friedensbewegung der 80er Jahre stammend, auch in der Antiglobalisierungsbewegung betätigte und nach verschiedenen Wandlungen bis heute aktiv ist.

Besondere Prominenz erlangte Martin im Zuge der Proteste gegen den Naziaufmarsch anlässlich der sogenannten Wehrmachtsausstellung 2002. In einer bis dato unbekanntem Breite wandte sich ein Bündnis aus alten und neuen Nazis in einem Brückenschlag bis weit ins konservative Milieu hinein gegen eine Wanderausstellung. Die Ausstellung thematisierte die Verbrechen der Wehrmacht und trug entscheidend dazu bei, das öffentliche Bild der „sauberen“ Wehrmacht zu demontieren. Sie machte der breiten Bevölkerung klar, dass die Verbrechen der Shoah und des Vernichtungskriegs von weiten Teilen des deutschen Militärs getragen wurden. 800 Nazis wurden im November 2002 von mehreren Tausend Antifaschist_innen blockiert und konnten nicht wie geplant laufen. Martin hatte zuvor auf einer Kundgebung dazu aufgerufen, sich den Nazis in den Weg zu stellen. Er erhielt prompt eine Anzeige und wurde dafür im Anschluss verurteilt. Besonders schäbig: in den Polizei-Akten wurde der Widerstandskämpfer und KZ-Überlebende als „KFZ-Häftling“ geführt.

Dass Martin älter wurde, beflügelte seine politische Arbeit sogar noch. Martin war auf vielen Demos Redner, organisierte im Hintergrund mit, war als Aktivist präsent. Gerade die Jugendarbeit war ihm persönlich ein Anliegen. So gab es kaum eine Vortragsanfrage, die er ausschlug, nie wirkte er unnahbar oder unansprechbar, speziell gegenüber jungen Leuten. Gerade aufgrund seiner Biographie war Martin keine graue Eminenz im Hintergrund, sondern saß als ein Genosse unter vielen auf Bündnis-Plena und Polittreffen. Auch der solidarische Widerspruch zu ihm war immer möglich, etwa wenn es um Fragen ging, wie breit, wie „bürgerlich“ oder radikal diese oder jene Aktion getragen werden sollte. Dabei ist hervorzuheben, dass es gerade Martin war, der immer wieder den Schulterchluss mit linksradikalen Strukturen vollzog und gegenüber Parteien und Verbänden klar machte, dass dieses Spektrum in antifaschistischer Arbeit vertreten sein muss.

Martin ist am 2. April 2018 in München gestorben. Seine Initiative, seine politische Haltung und seine gewinnende Persönlichkeit fehlen. ■

Wenn ihr euch mehr für Martin Löwenbergs Leben interessiert, sei euch der Film „Es kann legitim sein, was nicht legal ist“ ans Herz gelegt.







**NATIONALISMUS IST
KEINE ALTERNATIVE**

NIKA – WAS IST DAS?

NIKA Bayern stellt sich vor

Die Mitmachkampagne Nationalismus ist keine Alternative hat sich 2016 gegründet, um dem Erstarken der extremen Rechten eine antifaschistische Perspektive entgegenzusetzen. Ziel der Kampagne war es und ist es auch heute noch, die autoritäre Formierung von Staat und Gesellschaft zu kritisieren und zu bekämpfen.

Gesellschaftlich beobachten wir in den letzten Jahren eine Diskursverschiebung nach Rechts: was vor Jahren noch als nicht sagbar galt, ist heute salonfähig. Diese Entwicklung zeigt sich deutlich im zweiten Einzug der AfD in den Bundestag aber etwa auch an der Querdenken-Bewegung, die Zehntausende mit antisemitisch aufgeladenen Verschwörungsideologien auf die Straße treibt. Während fast jeden Tag neue extrem rechte Skandale in Polizei und Militär ans Licht kommen, werden diese weiter hochgerüstet während die (Bundes-) Landesregierungen restriktivere Polizei- und Versammlungsgesetze auf den Weg bringen. All das verstehen wir unter dem Schlagwort autoritäre Formierung. Und gegen all das wollen wir kämpfen.

Als Mitmachkampagne wollen wir Menschen ermutigen, aktiv zu werden und sie bei ihren antifaschistischen Aktionen unterstützen. Konkret heißt das, alle unsere Materialien – Flyer, Plakate, Transpivorlagen, das NIKA-Zine – könnt ihr auf unserer Website runterladen und drucken. Zu größeren Anlässen organisieren wir Zugtreffpunkte, Demonstrationen oder andere Aktionen. Zuletzt zum Beispiel bei den Protesten gegen den 1000-Kreuz Marsch in München oder der autonomen Demonstration gegen die Inhaftierung eines Nürnberger Antifaschisten. Wichtig ist uns dabei aber auch, dass wir nicht nur in größere Städte fahren, in denen es bereits linke und antifaschistische Strukturen gibt. Wir wollen genau dort Menschen unterstützen, wo es kaum zivilgesellschaftlichen Widerstand und wenig Rückzugsräume für Antifas gibt.

Lasst uns zusammen gegen Kapitalismus, Patriarchat und Nazis auf die Straße gehen. Für etwas besseres als die Nation – Für die befreite Gesellschaft! ■

Das **NIKA-Zine** ist ein Magazin der Mitmachkampagne
Nationalismus ist keine Alternative gegen die
Festung Europa und ihre Fans  bayern.nika.mobi

